Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Anzeigenpreis für den Raum der einspaltigen Nonpareillezeile 60 Pfg., bei lokalen Anzeigen 40 Pfg. Reklamezeile 2.00 Mk. Bei Wiederholungen Rabatt nach Maßgabe unserer Insertionsbedingungen. Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. Für die Redaktion verantwortlich H. Schubels, Kamen.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.

Freiwillige Unfall-Unterstützung
nach Maßgabe der ausliegenden Bedingungen. Erscheint täglich. Monatlicher Bezugspreis 2.60 Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 72 — **Freitag, den 26. März 1920** — **48. Jahrgang**

Neue Kämpfe im Industriegebiet.

Die Lage hat sich in einigen Bezirken des Industriegebietes plötzlich wieder sehr verschärft. Während die meisten Aktionsausschüsse dem Bielefelder Abkommen zustimmen, sind einige einer ablehnenden Strömung gefolgt. Hieraus und aus den, trotz des Waffenstillstandes, nicht unterbrochenen Kämpfen bei Wesel ist gestern in Dortmund erneut die Verkündigung des Generalstreikes erfolgt. Der Straßenbahnverkehr ruhte bereits am Nachmittag, Fernsprecher, Telegraphenämter und Telegraphenbüros mußten ihren Betrieb ein- oder in den Dienst der Aktionsausschüsse stellen. Geschäfte und Restaurants wurden geschlossen, die Betriebe ruhten, aber in den Straßen wogte eine große Menschenmenge, die auf einigen Plätzen zu riesigen Ansammlungen anwuchs. Nach umlaufenden Gerüchten sind auch bereits Arbeiterwehren in großer Zahl ausgerückt, um den in der Lüner Gegend stehenden Reichswehrtruppen entgegenzutreten und der bei Wesel kämpfenden roten Armee in ihrem, schon mehrere Tage dauernden Kampfe beizustehen. Der bereits gemeldete Fall Wesels soll nicht den Tatsachen entsprechen.

Beisetzung von Gefallenen aus den letzten Kämpfen.

In Gelsenkirchen fand die Beisetzung der in den Kämpfen der letzten Woche Gefallenen statt. Im ganzen wurden 20 Särge in Einzelgräbern auf dem Friedhof Hoßler beigesetzt. Unter den Toten befanden sich sechs Unbekannte. An dem Leichenzuge nahmen 12- bis 14 000 Personen teil, u. a. auch Vertreter der Stadt und der Parteien.

In Remscheid fand auf dem Westfriedhof bei Schloß Kübbelstein unter außerordentlich großer Beteiligung der Bürgerschaft die Beisetzung von 35 bei den letzten Kämpfen gefallenen Reichswehrsoldaten statt. Die toten Kämpfer wurden in einem gemeinsamen Grabe zur letzten Ruhe gebettet. Zahlreiche Kranzspenden der Remscheider Bürgerschaft schmücken das Grab.

Absetzung des Mülheimer Oberbürgermeisters durch den Aktionsausschuß.

In Mülheim-Ruhr gibt der revolutionäre Aktionsausschuß bekannt, daß der frühere Oberbürgermeister Dr. Lembke bei Ausbruch der Revolution seinen Posten verlassen habe, indem er sich heimlich entfernte und sich seitdem verborgen hatte. Der Aktionsausschuß habe infolgedessen Herrn Dr. Lembke seines Postens als Oberbürgermeister für verlustig erklärt und den Beigeordneten Dr. Schmidt mit der vorläufigen Führung der Geschäfte des Oberbürgermeisters beauftragt. Eine große Anzahl städtischer Beamten hält sich ebenfalls noch vom Dienst fern. Diese, sowie die städtischen Polizeibeamten werden aufgefordert, sofort ihren Dienst wieder anzutreten, andernfalls sie ohne weiteres als entlassen zu gelten hätten.

Die Lage im Reiche.

(TU) In Darmstadt und Hessen ist alles ruhig. Der Eisenbahnverkehr ist regelmäßig und es wird überall gearbeitet. Auch in Kassel und Frankfurt am Main ist es nicht mehr zu Störungen gekommen. In Thüringen hat sich die Lage wesentlich gebessert. Die Regierung in Gotha hat durch Verfügung die Volkswehr aufgelöst und zur Abgabe der Waffen aufgefordert. Bisher sind dort ein Geschütz, ein Minenwerfer und etwa 1100 Gewehre abgeliefert worden. In Erfurt und Ohrdruf ist der Generalstreik beendet. Die Waffen sind jedoch noch nicht abgegeben worden. In Sachsen herrscht allgemein Ruhe; es wird überall gearbeitet. Der Eisenbahnverkehr und der Abtransport der Kohlen vollzieht sich glatt. Kleinere Herde der Beunruhigung sind nach Pirna und das Voigtland. Mittwoch wurden mehrere Vororte, wo sich die Arbeiter geweigert hatten, die Waffen abzuliefern, besetzt. In Chemnitz sind die Arbeiterbesatzungen der öffentlichen Gebäude zurückgezogen worden. In Breslau sind die Arbeiter noch zum größten Teil bewaffnet, es wird überall gearbeitet; alle Zeitungen erscheinen wieder. Der Vollzugsrat in Breslau besteht aus zwei Demokraten, zwei Mehrheitssozialisten, zwei Unabhängigen und einem Kommunisten. Das Zentrum will dem Vollzugsrat beitreten, verlangt aber, daß er vorher von Berlin aus anerkannt werde. In Kiel und in der Provinz Schleswig ist alles ruhig. Mit Ausnahme einiger ländlicher Bezirke wird überall gearbeitet.

Die Abordnungen aus dem Ruhrrevier in Holland.

(TU) Das Haagsche Korrespondenzbureau meldet: Gestern abend sind im Haag außer dem Essener Beigeordneten Dr. Helm der bekannte Gewerkschaftsführer Otto Hue und noch zwei Abordnungen der rheinisch-westfälischen Städte angekommen, um Unterhandlungen mit der niederländischen Regierung über die sofortige Versorgung des Ruhrgebietes mit Lebensmitteln zu pflegen. Dr. Helm und Otto Hue legten gestern abend dem Handelsblad dar, daß die Lage beispielsweise in Dortmund so ernst geworden sei, daß daselbst kein Brot mehr vorhanden sei, so daß anstatt des Brotes Hülsenfrüchte verabreicht werden müßten. Auch die Versorgung der anderen Städte im Ruhrgebiet sei nur noch für einige Tage gesichert, so daß, wenn nicht sofort nach dem Zustandekommen des Friedens zwischen den augenblicklichen Machthabern im Ruhrgebiet und der Reichsregierung eine große Menge von Lebensmitteln in diese Gebiete geworfen werden, auf ein Chaos gerechnet werden müsse. „Unter dem Druck dieser entsetzlichen Lage", erklärte Dr. Helm, „sind wir hierher gekommen, um die Hilfe der niederländischen Regierung zu erbitten und wir können dies mit umso größerer Ruhe tun, als gestern mittag zwischen den Führern der Revolutionären im Ruhrgebiet und der Regierung ein Abkommen in Bielefeld getroffen worden ist, wonach der verfassungsmäßige Zustand wieder hergestellt werden wird, wenn gewisse Bedingungen erfüllt werden. In den Arbeiterbataillonen befinden sich neben den Unabhängigen und Kommunisten auch Mitglieder der Mehrheitssozialisten und der Hirsch-Duncker-Gewerkschaften. Es ist von einer rein kommunistischen Bewegung und von einer Ausrufung der Räterepublik überhaupt keine Rede. Auf zwei Tagungen in Hagen und Bochum, an denen auch Kommunisten teilnahmen, ist eine Entschließung angenommen worden, in der die Ausrufung der Räterepublik abgelehnt wurde. Was man will, ist nur, die reaktionäre Bewegung der Kapp und Genossen im Keime zu ersticken. Die Regierung soll Maßnahmen treffen, um diese Bewegung für immer zu unterdrücken. Auffallend ist, daß auch die Bergarbeiter die Arbeit so gut wie vollständig wieder aufgenommen haben. Von einem Ausstande im großen ist auch in der Metallindustrie keine Rede. Bei Krupp arbeitet alles, aber die Lage wird chaotisch werden, wenn nach Beseitigung der heutigen unruhigen Zustände nicht sofort Lebensmittel in großen Mengen ins Ruhrgebiet gebracht werden.

Die Reichsgemeinschaft für den Bergbau zur Lage.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für Bergbau im Ruhrkohlenbezirk hat am 14. März einen Beschluß gefaßt, der u. a. besagt:

Die Arbeitsgemeinschaft verurteilt entschieden jeden Versuch einer gewaltsamen Regierungs- und Verfassungsänderung. In dieser Notlage zur Rettung der Bevölkerung vor der unmittelbar bevorstehenden Hungersnot und zur Sicherung eines in Zukunft aufnahme- und produktionsfähigen Inlandsmarktes, hat die Arbeitsgemeinschaft im rheinisch-westfälischen Bergbau beschlossen: Bis zur Aufnahme der Verwaltung durch die verfassungsmäßige Regierung sind die Kohlenzuweisungen nach folgenden Grundsätzen vorzunehmen: 1. Die Industrie im engeren und weiteren Industriegebiete ist ausreichend mit Kohle zu versorgen, damit sie in der Lage ist, durch Ausfuhrware die Lebensmittelbeschaffung im Auslande zu ermöglichen. 2. Die Ausfuhr von Kohlen ist sofort zu verstärken, damit in Holland und in sonstigen ausfuhrfähigen Nachbarländern die erforderlichen Lebensmittel gesichert werden können, um eine Hungersnot zu vermeiden. 3. Die von der Arbeitsgemeinschaft und dem Reichskohlenverband am 28. Februar gebilligten Grundsätze für den Kohlenvertrieb finden sinngemäße Anwendung. 4. Es wird ein paritätisch zusammengesetztes Ausführungskomitee gebildet, das in Verbindung mit dem Reichskommissar, der sich durch Beauftragte auf dem Laufenden halten kann, ermächtigt ist, eilige Entscheidungen zu treffen, a) wegen der Lebensmittelversorgung, b) wegen Sperrung und Kürzung der Kohlenanlieferungen an solche Gebiete, die sich nicht auf den Boden der Reichsverfassung stellen, c) wegen Belieferung der Entente. 5. In Erkenntnis der Notwendigkeit, die in der Arbeitsgemeinschaft erfolgte Zusammenfassung aller wirtschaftlichen und geistigen Kräfte des Ruhrkohlenbergbaues auch für die Zukunft zu sichern, wurde es von Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerseite für geboten erachtet, an dem Wesen und an den Zielen der Arbeitsgemeinschaft und an den bisherigen Vereinbarungen festzuhalten. Dieser Beschluß ist auf einer weiteren Versammlung am 16. März bestätigt worden.

Tagesereignisse.

— **(Französische Truppenbewegungen.)** Die Baseler Nationalzeitung meldet aus Nancy: Das 34. Infanterie-Regiment, welches in Lunéville in Garnison liegt, ist gestern nach der Besatzungszone abgegangen, das 26. u. das 69. französische Infanterieregiment werden heute nach derselben Zone abgehen. — Nach einer Pariser Meldung werden amtliche Erklärungen der Verbandsregierungen zu den Vorgängen in Deutschland nicht erfolgen. Der Zwischenfall Kapp sei für die Verbündeten erledigt, sie hätten ihm weniger Bedeutung beigelegt als der kommunistischen Bewegung in Deutschland, der gegenüber die Verbündeten in keinem Falle sich passiv verhalten könnten, wenn mit der Errichtung von Räterepubliken und der Bewaffnung der revolutionären Arbeiter Ernst gemacht werden sollte. Die Bewaffnung der revolutionären Arbeiterschaft würde in jedem Falle eine Verletzung des Friedensvertrages darstellen, da der Vertrag genau Art und Form der militärischen Bereitschaft Deutschlands vorschreibe.

— **(Ausbleiben der holländischen Milchzüge.)** Aus mehreren Orten des rheinisch-westfälischen Industriebezirks wird gemeldet, daß die holländischen Hilfszüge, die Tausende von Litern Milch für Kinder und Frauen brachten, in den letzten Tagen ausgeblieben sind. Holland wird die Lieferung erst nach Wiedereintritt geordneter Zustände aufnehmen.

— **(Zur Verhaftung des Admirals von Trotha.)** Admiral v. Trotha, über den wegen Teilnahme an der Kapp-Verschwörung die Schutzhaft verhängt worden ist, erklärt in einem Schreiben an den Reichswehrminister, er bitte um Einleitung einer Untersuchung gegen ihn, da in der Oeffentlichkeit und von amtlichen Stellen die schwersten Vorwürfe gegen ihn verbreitet würden. Trotha war am Abend vor dem Putsch nach Döberitz entsandt worden und soll von dort den Bescheid gebracht haben, daß keine unmittelbare Gefahr bestehe.

— **(Die Polen beantragen Ausweisung Deutscher aus Oberschlesien.)** Wie der „Hindenburger Anzeiger" meldet, hat die polnische Nationalpartei in Oberschlesien mit anderen polnischen Organisationen die Ausweisung des Hindenburger Landrats Dr. Suermondt und mehrerer Generaldirektoren der oberschlesischen Großindustrie bei der Interalliierten Regierungskommission beantragt.

— **(Eigenmächtigkeit des bayerischen Landtages.)** In der Sitzung des bayerischen Landtages wurde von der bayerischen Volkspartei die Beseitigung der Simultanschulverordnung durchgesetzt und außerdem für Bayern die auch den Lehrerinnen neuerdings zugestandene Berechtigung, sich zu verheiraten, aufgehoben. Es handelt sich hier um ein in der Reichsverfassung niedergelegtes Recht. Somit hat der bayerische Landtag die Bestimmungen der Reichsverfassung durchbrochen.

— **(Ein Handelsrat für Kreditfragen in Amerika.)** Dem Repräsentantenhause ging der Gesetzentwurf zu, der zu einem Sonderfrieden zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten ermächtigt. Der Entwurf sieht die Schaffung eines Handelsrates vor, der so rasch als möglich dem Kongreß einen besonderen Entwurf für die Leistung von Krediten an Europa unterbreiten soll. Diese Kredite sollen solange laufen, bis der Wechselkurs den Stand der Vorkriegszeit erreicht hat.

— **(Ernste Unruhen in Lissabon.)** Auf die Verhaftung von 130 Personen infolge einer am Freitag angenommenen Entschließung haben in Lissabon große Unruhen stattgefunden. Die Arbeiter erklärten sich für einen revolutionären Generalstreik. Sie zogen vom Büro der Föderation zum Stadthaus, wo Hochrufe auf das rote Rußland ausgebracht wurden. Sie verlangen die soziale Republik. Die republikanischen Truppen griffen ein, als eine Bombe abgeworfen wurde. Es wurde eine Anzahl von Personen verhaftet und die Menge nach allen Richtungen auseinandergetrieben. Samstag abend fanden erneute Zusammenstöße statt, wobei Bombenexplosionen vorkamen. Es wurde mit Maschinengewehren geschossen.

— **(Zur Heimkehr unserer Kriegsgefangenen.)** Von den Heimkehrertransporten aus Japan ging der Dampfer „Umemaru" am 9. März von Sabang nach Port Said und der Dampfer „Hudson Maru" am 14. März von Port Said nach Anbordnahme dort interniert gewesener Reichsdeutscher nach Bremerhafen weiter, wo er vom 1. April ab erwartet wird. — Der Heimtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus Ostsibirien ist gesichert. 5 japanische Dampfer sind fest gechartert, wovon der erste „Scotland Maru" am 20. März 1920 Wladiwostok verlassen sollte. Die Kosten für die Heimschaffung von ungefähr 5000 Gefangenen betragen 150 Millionen Mark.

Die Nebelfrau.

Roman von Anny Wothe.

(Nachdruck verboten.)

41. Fortsetzung.

Die Flammen knisterten im Kamin. Der Diener zündete die Lampen an und sie saß noch immer in ihrem Stuhl und sann dem seltsam veränderten Wesen ihres Gatten nach.

Und plötzlich fühlte sie eine kalte Hand mit spitzen Fingern über ihre Wange gleiten und Fridrums Stimme sagte:

„Wie, Tränen, Undine, Abschiedstränen um den Mann, der dich nicht und dem du nicht aus Liebe gewählt?"

„Sei still!" gebot Undine, sich hastig aufrichtend und die schlanke Frauengestalt in dem langschleppenden Gewande, die ihr dicht zur Seite stand, von sich schiebend. „Weder ich, noch Graf Reimar haben dich zum Vertrauten unserer Gefühle gemacht."

„Du vielleicht nicht, Undine, aber von ihm, den du gar nicht kennst, von dem du gar nichts weißt, kannst du das gewiß nicht behaupten. Soll ich dir einmal von Graf Reimar erzählen?"

„Nein! Verlaß mich. Ich will nichts wissen. Ich ahne, was du mir sagen willst, aber ich will es nicht hören. Wenn du schamlos genug bist, alles, auch das letzte zu enthüllen, so bin ich doch nicht schamlos genug, um es mir erzählen zu lassen."

Fridrum schränkte die schmalen Hände ineinander.

„Du bist köstlich, Undine", höhnte sie, „du fürchtest dich doch so, wie ein Kind vor dem Weihnachtsmann. Ich könnte dich ja schonen, aber Ihr habt mich ja selbst niemals geschont. Heute nachmittag habe ich noch versprochen, deinen Mann nicht anzufechten. Du warst ja selber Zeuge, wie er mich mit Hohn und Spott überschüttet hat. Das schließt wohl jede Rücksichtnahme aus."

„Was hast du?" fragte Undine erregt aufspringend und Fridrums Handgelenke umfassend. „Sprich, was hast du gegen Reimar?"

Gräfin Fridrum streifte gelassen Undines fieberheiße Hände von den ihren.

„Ei, ei, so aufgeregt? Da du ihn nicht liebst, sondern ihn nur nahmst, um uns zu helfen, wie du sagst, kann dich doch nicht treffen, was ich ihm tun will. Im übrigen sollst du es wissen, daß dein Opfer vergebens war. Der Gorlingshof war unser rechtmäßiges Erbe, auch ohne den Edelmut des Grafen, mit dem er dich zur Frau nahm, denn du weißt, daß die andere Linie der Randolts von der Erbschaft ausgeschlossen ist, sobald ein Mitglied derselben etwas begeht, was ehrlos ist."

„Was soll das heißen? Willst du damit sagen, daß Graf Reimar etwas getan hat, was nicht ganz einwandfrei war?"

„Wie man es nimmt", zuckte Fridrum die Schultern. „Selbst du, die du unbegreiflich tolerant ihm gegenüber zu sein scheinst, wirst ja wohl anders denken, wenn ich dir sage, daß Graf Reimar es war, der Lutz in den Tod hetzte, um Majoratserbe zu werden."

„Du lügst, du Falsche! Nie war Graf Reimar einer solchen Tat fähig. Du willst ihn anklagen, weil — weil er dich verschmäht."

Nun war es gesagt. Mit flammenden Augen standen sich die beiden Frauen gegenüber. Alle Hinfälligkeit war plötzlich von Undine gewichen. Einer Walküre gleich, die ihr Schlachtschwert zum Siege führt, stand sie vor Fridrum, die den braunlockigen Kopf in den Nacken warf und verächtlich höhnte:

„Weil er mich fürchtet. Du brauchst mir ja nicht zu glauben, aber vielleicht glaubst du diesem Zeugen."

Mit spitzen Fingern nahm sie das verhängnisvolle Briefblatt aus ihrem Notizbuch, das sie heute nachmittag Ebbo Klas gezeigt.

Bleich, mit totblassen Lippen, starrte Undine darauf hin.

Ein Schleier legte sich über ihre Augen. Sie meinte zusammenbrechen zu müssen unter der entsetzlichen Anklage, die sie las. Aber energisch richtete sie sich auf.

Nein, diese Frau sollte sie nicht schwach sehen, diese nicht.

„Wie kommst du zu diesem Brief?" herrschte sie Fridrum an. „Warum hast du ihn nicht früher gezeigt, ehe ich Reimars Gattin wurde?"

„Weil ich nicht wollte. Weil es mir Spaß machte, dich, die Stolze, die so verächtlich auf mich herabsah, als die Scheinfrau dieses Grafen zu wissen, der kein Mittel scheute, in den Besitz des Majorats zu gelangen."

„Ich verbiete dir, meinen Gatten so gemein zu beschuldigen. Nie hat er etwas getan, was unehrenhaft oder was schlecht ist."

„Und dieser Brief deines unglücklichen Bruders, sagt er dir nichts?"

„Nein, denn ich glaube an Reimar."

Undine sagte es mit stolzer Zuversicht, beide Hände auf die wogende Brust gepreßt.

Fridrum sah mit wildsprühenden Augen auf Undine.

Sie liebt ihn, schoß es durch ihre Seele, und einen Augenblick schloß sie erschauernd die Augen.

„Dein Glaube wird ihm wenig nützen", nahm sie wieder das Wort. Ich bin entschlossen, meine Rechte ganz energisch zu verfolgen, und bin bereits heute bei Ebbo Klas gewesen, um mit ihm Rücksprache zu nehmen."

„Ebbo Klas? Er will dir in der Sache, die du gegen deine eigene Familie unternimmst, gegen deinen eigenen Namen, helfen? Er glaubt an Reimars Schuld?"

„Die Beweise sind eben über jeden Zweifel erhaben. Er hat mir versprochen, meine Sache zu prüfen und zu führen. Im übrigen wollte ich dir sagen, daß ich morgen reise. Hast du dagegen etwas einzuwenden?"

„Nein, jetzt nicht mehr! Gehe, wohin du magst. Ich verachte dich!"

„Das ist dir unbenommen. Wenn ich wiederkomme, hoffe ich, wird es entschieden sein, wer auf dem Gorlingshof zu gebieten hat. Ebbo Klas kennt meine Wünsche. Er wird mir ein treuer Anwalt sein."

(Fortsetzung folgt.)

Zur Ablehnung des Friedensvertrags in Amerika

schreibt die „Köln. Ztg.": Es war seit langem vorauszusehen, daß der amerikanische Senat niemals eine Mehrheit für den Friedensvertrag zusammenbringen würde. Die drei Gruppen, die sich im Laufe des Kampfes gebildet hatten, konnten sich auf keine gemeinsame Formel einigen, und vielleicht wollten sie das auch nicht. Die Wilson-Gruppe verlangte die vorbehaltlose Annahme des Völkerbundvertrags, die Partei des Senators Lodge dagegen betrieb die glatte Ablehnung dieses Völkerbundes und die Annahme des reinen Friedensvertrags. Da aber der Völkerbund nach den Worten Wilsons bei seiner Rückkehr aus Paris mit so viel Tauen in den Friedensvertrag verknotet war, daß er nicht herausgelöst werden konnte, ohne daß das ganze Vertragswerk dabei aus den Nähten ging, und da Lodge es nicht wagen konnte, dem Volksempfinden derart ins Gesicht zu schlagen, so stellte er eine Reihe von Vorbehalten auf, die den Völkerbund für Amerika schmackhafter machen sollten, als die Wilsonsche Vorlage das vermochte. Der Senat hatte als Körperschaft erhebliche verfassungsrechtliche Schönheitsfehler an dem Friedensvertrag gefunden, besonders weil seine notwendige Mitarbeit von Wilson völlig ausgeschaltet worden war. Aber schlimmer als dieser Formfehler wirkte der Inhalt des Vertrags, da durch ihn Amerika dauernd in die europäischen Händel verwickelt worden wäre. Wilson hatte allerdings während des Krieges einmal die Meinung ausgesprochen, daß für Amerika die Zeit der glänzenden Vereinsamung endgültig vorüber sei, und daß von jetzt an an keinem Punkte des Globus sich etwas begeben könne, ohne daß Amerika dabei mitzureden habe. Damals nahmen auch die deutschfeindlichen Jingos auf der republikanischen Seite das Wort gelassen hin, da es ihnen vortrefflich in den Kram paßte, denn es erhielt die Volksseele am Kochen und in Kriegsstimmung. Nachdem aber das Kriegsziel, die Niederwerfung Deutschlands, erreicht ist, bedarf es solcher Reizmittel nicht mehr, und man zieht sich allgemach wieder auf die alte Washington-Linie zurück, die vor 120 Jahren errichtet worden ist, als der Vater des Vaterlandes in seiner Abschiedsadresse seine Landsleute vor verstrickenden Bündnissen mit Europa nachdrücklich warnte. Diese Abkapselungspolitik ist aber heute volkstümlicher, denn je zuvor. Zunächst hat Amerika einen Kriegsgewinn von ungeheurer Größe zu verteidigen, und es hält es dabei mit dem Satze, daß der Starke am mächtigsten allein ist. Zum andern sieht man täglich klarer, was in Europa angerichtet worden ist, und Amerika fühlt sich nicht genötigt, die Finger in den Hexenkessel zu stecken und sie dabei zu verbrennen. Die Menschheit, die fünf Jahre lang für den Amerikaner alles war, ist ihm heute Hekuba; Begeisterung ist auch in Amerika keine Heringsware, die sich einpökeln läßt für viele Jahre. So blieb nichts anderes übrig, als die Weltpolitik und vor allem die europäische Politik so rasch wie möglich wieder abzubauen und sich an der reinen und unverfälschten amerikanischen Politik genügen zu lassen. Das Sprungbrett für diesen Rückzug mußte der ohnehin europamüden, wenn nicht gar europafeindlichen Lodge-Partei der Völkerbund liefern. Daß diese Gruppe nebenbei auch noch dem verhaßten Wilson gegenüber auf ihre Rechnung kam, machte die Vernichtung des Völkerbundes nur um so reizvoller. Sie war allerdings diplomatisch genug, ihre innerliche Ablehnung nach außen hin durch die Vorbehalte zu dem Pakt zu verkleistern. Wilson konnte sich auf dieses Programm, das Amerika alles und Europa nichts gab, unmöglich einlassen, wenn er seine Vergangenheit nicht völlig verleugnen wollte. Um den Widerstand zu brechen, drohte er mit der Verweigerung seiner Unterschrift und mit dem Volksgericht bei den nächsten Wahlen. Aber statt die Kluft zu überbrücken, erweiterte er sie. Da tat sich die dritte Gruppe auf, die der sogenannten „milden Vorbehalter", die die mittlere Linie zu finden bestissen waren. Eine Zeitlang schien es, als seien Wilson wie Lodge geneigt, auf dieser Linie sich zusammenzufinden. Aber die Meldungen der jüngsten Wochen ließen erkennen, daß man sich auseinander-, statt zusammenredete, und die Abstimmung vom 19. März hat denn auch die Unmöglichkeit erwiesen, die nötige Zweidrittelmehrheit aufzutreiben, sei es für den unabgeänderten, sei es für den radikal oder milde abgeänderten Vertrag. Der 19. März ist sonach nichts anderes, als eine Wiederholung des 19. Novembers, jedoch mit einer bezeichnenden Umgruppierung der Stimmen. Während damals die Parteien ziemlich geschlossen beisammen blieben, ergab sich diesmal eine völlige Zerrüttung der Parteidisziplin. Lodge mußte 28 seiner Republikaner an die Demokraten abgeben, und Wilson verlor 23 Demokraten an Lodge.

Die Folgen der Abstimmung sind vor allem darin zu erblicken, daß Amerika fürs erste dem Völkerbund nicht beitreten und damit auch nicht an der Neuordnung der Dinge in Europa mitwirken kann. Für Deutschland ergibt sich ferner eine Fortdauer des unseligen Zwitterzustandes zwischen Krieg und Frieden, der sich indes durch einen Sonderfrieden und durch die amtlich erklärte Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen rascher beseitigen läßt, als die übrigen Wirkungen des ablehnenden Beschlusses. Denn es fragt sich jetzt, was aus dem Frieden überhaupt werden soll. Amerika ist eine der fünf Hauptmächte, die es unternommen haben, das Angesicht der Erde zu erneuern. Wenn nun aber einer der Teilhaber aus der Firma ausscheidet, so müssen sich notwendigerweise Schwierigkeiten ergeben, für die im Friedensvertrag eine Lösung nicht vorgesehen ist. Daß sich damit namentlich Deutschland einer völlig veränderten Lage gegenüber sieht, bedarf keines nähern Beweises. Ob Amerika mit der gewaltsamen Schaffung dieser neuen Lage die Tür für eine beschleunigte Aenderung des Versailler Vertrages hat aufreißen wollen, wäre eine Annahme, die bis zum Beweis des Gegenteils nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen ist. Die Wege der amerikanischen Politik sind zuweilen nicht auf den ersten Blick verständlich.

Politische Lage in Südafrika.

Die Wahlen, die soeben in Südafrika stattgefunden haben, und deren Endergebnis uns bald erreichen wird, dürfte manche Ueberraschung bringen. Wie bekannt, stehen sich drei Parteien gegenüber, die Sap (südafrikanische Partei, die Nationalisten und die Unionisten. Die beiden ersten bildeten nach der Unterwerfung durch Großbritannien eine einzige Partei, die sich erst später unter der englandfreundlichen Politik eines Louis Botha zersplitterte. Die nationalempfindenden Führer aus dem Kriege, in erster Linie Christiande Wet, Delarey, der frühere Präsident Stein und andere, sonderten sich unter dem entschlossenen geschickten Politiker Hertzog ab. Der Krieg brachte dann den vollständigen Bruch zwischen diesen beiden Parteien dadurch, daß die Sap sich ganz auf die Seite Englands warf und zum Kriege gegen Deutschsüdwest aufrief. Botha und Smuts erwarben sich die höchsten Stellen und Ehren im britischen Reiche, und zwar auf Kosten aller Ideale des nach Unabhängigkeit verlangenden südafrikanischen Volkes. Die Unionisten erreichten doch kein inniges Zusammengehen mit der Sap, denn die Unionisten bestehen aus britischen Beamten oder eingewanderten Engländern, die nur nach Südafrika kommen, um Karriere zu machen oder schnell reich zu werden und dann nach dem Mutterlande zurückzukehren. Von einer Verständigung mit den von ihnen als ausgesprochenen Nichtengländern verachteten Nationalisten, war natürlich noch viel weniger die Rede. Vor dieser Tatsache verschlossen Botha und Smuts geflissentlich die Augen, weil sie aus persönlichem Ehrgeiz einmal auf die britische Weltmacht eingeschworen sind. Als nun vor einigen Monaten die Wahlpropaganda begann, sahen bei den Unionisten eine ausgesprochene Abneigung gegen ein Zusammengehen mit der Sap vorherrschen. So sah sich Smuts veranlaßt, Anschluß an die Nationalisten zu suchen. Es entspannen sich auch Verhandlungen, die sich nach längerem Hin und Her dennoch zerschlugen, und zwar an der Unversöhnlichkeit der Ansichten beider Führer. Trotzdem herrschte bei Mitgliedern beider Parteien das Gefühl der Notwendigkeit des Zusammengehens. Die Entzweiung wurde beiderseits tief bedauert. Die jüngsten Berichte, die noch vor dem Wahlgang abgegangen sind, deuteten auf einen unerwarteten Umschwung hin. Die große Werbereise, die Smuts im Freistaat und im südlichen und südwestlichen Teil der Kapprovinz zur Erhaltung der „Britischen Konnexion" und zur Unterstützung seiner Regierung unternahm, bedeutete eine Niederlage. Im Freistaat erhielt er so gut wie keine Vertrauensstimme, was nicht weiter Wunder nehmen kann, umsoweniger als er auch in der seit 100 Jahren vereinsländerten Kapkolonie ein Mißtrauensvotum nach dem anderen erlebte. Aber seine dem Volke durch Ehrfurcht entfremdete Politik bleibt blind vor solchen Kundgebungen, um weiterhin ihr Heil von dem großbritannischen Einfluß zu erwarten. Daher auch sein plötzliches Zusammengehen mit den Unionisten. Es wird jetzt bekannt, daß der in drei Distrikten, Barkly West, Albany und Uitenhage drei seiner Parteikandidaten geopfert hat, um dafür an anderen Stellen die Unterstützung der Unionisten zu erhalten. Gelingt es ihm durch solchen Kuhhandel auf Kosten seiner eigenen Volksgenossen, deren nationale Bestrebungen ihn ganz kalt lassen, am Ruder zu bleiben, so wird er zur Bildung einer Koalitionsregierung gezwungen sein.

Darin dürften aber diese der bedeutendsten Männer seiner eigenen Partei einen Anlaß finden, sich in noch größerer Anzahl, als es in der letzten Zeit geschah, von ihm loszusagen. Als letztes unehrliches Kampfmittel gegen die gefürchteten Nationalisten hat man noch eine neue Wahlkreiseinteilung vorgenommen, wodurch diesen einige sonst sichere Sitze verloren gehen können. Dennoch kann mit einem starken Zuwachs der Nationalisten im Volksrat gerechnet werden. Als jüngste, nicht zu verachtende Partei, kommt die in letzter Zeit sehr rührige Arbeiterpartei in Betracht, die sich jedoch keiner Koalition anschließen, sondern ganz auf eigene Faust vorgehen will. Auch sie hat bedeutenden Zuwachs zu erwarten. Nach den bis jetzt vorliegenden Ergebnissen ist das Zahlenverhältnis folgendes: Unionisten 21, Sap 31, Arbeiter 21, Nationalisten 33 und 3 Unabhängige. Smuts und Hertzog sind beide wiedergewählt. Demnach ist bisher keine Partei regierungsfähig, und allgemein herrscht das Gefühl, daß Neuwahlen notwendig sein werden.

Die Krawalle auf der Methler Kirmes.

Dortmund, 26. März. Vor dem Schwurgericht hatte sich gestern der Lehrhauer Franz Brackhaus aus Husen wegen Landfriedensbruchs zu verantworten, und zwar soll er sich als Rädelsführer betätigt haben. Der Angeklagte ist 24 Jahre alt, wegen Mißhandlung eines Geistlichen in einer Zentrumsversammlung in Court mit 4 Monaten Gefängnis bestraft. Die dem Angeklagten zur Last gelegte Straftat ist nicht bei einem der Volksaufstände gelegentlich der Unruhen im vergangenen Jahre begangen worden, es handelte sich vielmehr um Roheitsdelikte übermütiger rauhbeiniger Burschen gelegentlich der Kirmes in Methler am 17. September vorigen Jahres. Zu dieser Kirmes hatten sich auch eine Anzahl Händler eingefunden, die, da große Volksmengen sich eingefunden hatten, gute Geschäfte machten. Das ging so bis zum Abend hin, bis es jungen Leuten gelüstete, sich einen besonderen Jux zu leisten. Man stieß sich gegenseitig, so daß der eine oder der andere gegen eine der Buden flog und die zum Verkauf ausgestellten Saxen durcheinander gestoßen und mehr oder weniger beschädigt wurden. Die Jugend nahm auch die Gelegenheit zum Stehlen wahr, eine Bude, die Zuckerwaren enthielt, wurde rein ausgeplündert, die Besitzerin hat, wie sie gestern aussagte, einen Schaden von etwa 300 Mk. gehabt. Die Händler ließen sich diese Roheiten nicht ohne weiteres gefallen, sie setzten sich zur Wehr und einer derselben versetzte einem jungen Burschen, der einen Gegenstand an sich genommen, einen Schlag ins Genick. Dieses versetzte die Genossen des Burschen in große Wut: „Der Kerl hat meinen Bruder geschlagen!" hieß es, diese Bluthunde, schlagt sie tot! Nun ging eine Rotte gegen die Budenbesitzer vor, warfen die Buden um, zerstörten die Sachen. Bei einer Bude war eine Karbidlampe heruntergefallen, wodurch ein Brand entstand, durch den weitere Sachen vernichtet wurden. Der zur Aufrechterhaltung der Ruhe herbeigerufene Polizeiwachtmeister konnte wenig gegen die sich so wüst gebärdenden Menschen ausrichten. Der Angeklagte soll sich bei den Ausschreitungen besonders hervorgetan, die Menge angefeuert und mit einer Latte sich an dem Umwerfen von Buden beteiligt haben. Die Zeugen haben den Angeklagten besonders beobachtet, da er einen Marinekragen trug. Der Angeklagte hatte einen großen Entlastungsbeweis angetreten; er suchte nachzuweisen, daß außer ihm auch ein anderer einen Matrosenkragen getragen habe und ähnlich gekleidet gewesen sei, wie er. Von einzelnen Zeugen wurde bekundet, der Angeklagte sei erst später auf der Kirmes erschienen und sei meist in dem Saale geblieben, wo getanzt wurde. Die Kirmeshändler blieben aber dabei, sie hätten den Angeklagten genau erkannt. Die Herren Geschworenen sprachen den Angeklagten des Landfriedensbruchs schuldig, sie billigten ihm aber mildernde Umstände zu. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr beantragt.

*

Mainz, 24. März. (Das Ende einer Sensation.) Vor zwei Monaten war von Wiesbaden aus eine aufsehenerregende Meldung verbreitet worden, wonach Wiesbadener höhere Polizeibeamte im Auftrage der preußischen Staatsregierung einen Kommunisten namens Rieth gedungen haben sollten, um Dr. Dorten und seine Mitarbeiter aus dem Wege zu schaffen. Die Angelegenheit führte jetzt zu einer Gerichtsverhandlung vor dem französischen Kriegsgericht, wo es sich, nach einem Bericht des „Echo du Rhin", herausstellte, daß der Festnahme jener Wiesbadener Polizeibeamten lediglich eine Anklage wegen verbotener Einfuhr von Waffen in das besetzte Gebiet zugrunde lag. Das Kriegsgericht verurteilte deswegen die beiden Wiesbadener Polizeikommissare Kärsten und Salitar zu je einem Jahr Gefängnis, sprach jedoch den wegen Beihilfe zur Waffeneinfuhr angeklagten Wiesbadener Polizeidirektor Dr. Thon frei, während der in der angeblichen Vergiftungs- und Ermordungsaffäre als Kronzeuge dienende Unabhängige Johann Rieth, bei dem bei seiner Festnahme tatsächlich ein Fläschchen Gift gefunden worden war, wegen Waffentragens ein halbes Jahr Gefängnis erhielt.

Westfalen und Rheinland.

Die Finanzierung der Kamener Volkswehr.

Kamen, 26. März. Ueber die Finanzierung der Volkswehr faßte eine am Mittwoch abend bei Bibermann stattgefundene Versammlung, die der Aktions-Ausschuß der Arbeiter einberufen hatte, Beschluß. Alle Kreise des Handwerks, der Kaufmannschaft, die hiesigen Werke und die Zechen waren vertreten. Den Vorsitz führte Herr Beller. In zweistündiger Debatte wurde verhandelt über die Frage, wie die Wehr weiterhin besoldet werden soll. Wenn auch über die Art der Kostendeckung die Meinungen auseinandergingen, so klang doch aus allen Reden manch warmer Ton für die Wachtmänner heraus. Herr Strelinski berichtete kurz über die Lage. Diese Versammlung solle ein Bild schaffen, wie man die Wehr finanzieren könne. Die Stadt dürfe und könne man nicht in Anspruch nehmen. Wie in anderen Städten, so möchten auch hier finanzkräftige Bürger zur Finanzierung der Wehr beitragen. Er sei bereit, die Wehr so weit wie möglich abzubauen. Bleibe die Ruhe, dann sei eine solch starke Wehr nicht nötig. Die Stadt dürfe aber nicht ohne Schutz sein, Plünderungen müßten vermieden werden können. Er gäbe seine Hand nicht für einen Putsch von links. Montag sei bereits eine Versammlung mit den Unternehmern vorausgegangen. Dort habe man sich bereiterklärt, bis zum heutigen Tage die Kosten der Wehr zu tragen. Es sei aber in dieser Versammlung gewünscht worden, daß auch die Kaufleute und Gewerbetreibenden zu den weiteren Kosten beitragen. Herr Strelinski macht dann den Vorschlag, daß jeder Geschäftsinhaber 1000 Mark bei der Sparkasse zahle und von dieser Summe sollten die Kosten getragen werden. Die Zeche möge 75 Mann besolden, die umliegenden Werke hätten gleichfalls so gehandelt. Die endgültige Regelung würde in einer Versammlung in Bochum stattfinden. Aber bis dahin müßte man Gelder schaffen, um ihnen zu können. Herr Bergrat Funcke bemerkt dazu, daß nicht allerorten die Unternehmer die Kosten aufbrächten, z. B. für Urna zahle die Stadt selbst, die Zahl 75 erscheine ihm für die Zeche Monopol zu hoch. Die Zeche habe im Vorjahre mit erheblichen Verlusten gearbeitet. Die Zeche de Wendel unterhalte nur 17 Mann. Auf der einen Seite würden der Zeche die Kohlen entzogen, dadurch, daß die Kohlenhauer unter Waffen ständen, andererseits stände die weitere Belastung durch die Kosten der Wehr. Mehr denn je habe man die Kohlenhauer nötig, um Austauschware für Lebensmittel zu bekommen. — Herr Uebach steht auch auf dem Standpunkt, daß die Stadt des Schutzes bedürfe. Es wäre aber nicht möglich, 1000 Mark zu geben. Vielfach handele es sich um Geschäftsleute, die den ganzen Krieg mitmachten, dann ein Geschäft begründeten und heute nicht wüßten, wie sie ihre Existenz behaupten sollten, viel weniger noch 1000 Mark aufbringen könnten. — Herr Braß vermißt in der aufgestellten Liste eine große Anzahl von bessersituierten Bürgern und fragt an, wer die Liste aufgestellt habe. Es seien Geschäfte da, die nicht 1000 Mark einnehmen, viel weniger zahlen könnten. — Herr Kupperschlag weist auf die Notlage der Handwerker hin. Diese besonders seien nicht fähig, eine solche Summe zu zahlen. Man wolle gern helfen, aber in dieser Höhe zu zahlen, sei unmöglich. — Herr Sanitätsrat Dr. Lutter vermißt gleichfalls diese Bürger, die mithelfen könnten. Die Frage, wer am besten zahlen könne, sei schwer zu beantworten. Er sähe nicht ein, warum die Kosten nicht auf die Stadt abgeladen werden. Zweckmäßig sei es, die Wehr aus der ganzen Bürgerschaft zusammenzusetzen. Eine Entspannung sei eingetreten und da wäre vielleicht eine solch große Wehr nicht nötig. Herr Beller kommt auf die gemachten Einwände zurück. Man möge an den Arbeiter denken, der, sein Leben nicht achtend, sich einsetzt, um Putsche abzuwehren, ob diese von links oder von rechts kommen. Was ist das Geld dagegen? Gewiß leide der Mittelstand schwer, aber noch schwerer der Arbeiter. Die Lasten auf die Stadt zu nehmen, sei nicht möglich, dadurch müßten die Arbeiter, die den Schutz der Stadt übernähmen, durch Steuern zu den Kosten beitragen. Man wolle ja abbauen, aber vorher müsse Ruhe eingetreten sein. Wer wolle sonst Plünderungen Auswärtiger verhindern? Vorderhand sei man gezwungen, die Wehr von 120 Mann unter Waffen zu halten, vielleicht 8—14 Tage noch, möglicherweise aber noch kürzere Zeit. Herr Strelinski ergänzt diese Ausführungen. Der Stadt könne man diese Gesamtlasten nicht auferlegen. Diese würde ersucht werden, die sonstigen Kosten wie Saalmiete, Heizung, Licht zu tragen. Man möge die Lage nicht unterschätzen. Er glaube nicht, daß alles Geld gebraucht würde. Unrechtmäßigkeiten würden nicht geduldet. Mit jedem Pfennig wolle man sparen. Gewiß stehe der Mittelstand nicht so gut wie früher, aber immer noch besser als der Arbeiter. Weitere Kreise in die Wehr zu nehmen, könne man ihm nicht zutrauen. Viele Anlässe gäben Grund zum Mißtrauen. Man wolle keine Diktatur, man wolle verhandeln, damit komme man am besten zum Ziele. Kommen wir ohne Ergebnis aus der Versammlung, dann würde die Wehr aufgelöst werden und die Stadt sei ohne Schutz. Herr Uebach weist nochmals darauf hin, daß ein Geschäftsmann 1000 Mark nicht deponieren könne, so gerne man die Sache unterstützen möchte. Wenn die Waffenstillstandsverhandlungen in Bielefeld, wie es scheine, zum guten Ende führten, dann seien 120 Mann nicht mehr nötig. Gegen Plünderer würden alle Bürger antreten. Herr Strelinski bemerkt, daß Kamen die Strecke bis Hamm zu sichern habe und da sei die Zahl der Wachmänner nicht zu hoch. Der Arbeiter kämpfe für seine Interessen, wie für die der ganzen Bürgerschaft. Herr Wolff sieht nicht ein, warum nicht alle Geschäftsleute herangezogen werden und nur die Mitglieder des Vereins für Handel und Gewerbe. Herr [illegible]mann schlägt eine Haussten-Sammlung vor. Man müsse dann aber durch die Presse auf den Zweck und die Wichtigkeit der Sache hinweisen. Herr Beller verspricht sich nicht viel von einer solchen Sammlung. Herr Müller hat, Kamen habe 120 Mann, Hamm dagegen nur 150 Mann unter Waffen. Wenn nun Kamen bis Hamm sichern müsse, dann wäre es doch gerecht, daß Hamm, besonders weil dieses viel leistungsfähiger, mit an den Kosten der hiesigen Wehr teilhabe. Viele Geschäftsleute hätten nicht das Einkommen wie ein Kohlenhauer. Einfach für jeden Geschäftsmann 1000 Mark anzusetzen sei nicht gerecht und nicht durchführbar. Am richtigsten sei, die Stadt selbst trage die Kosten, dann trage jeder Bürger dazu bei. Herr Sanitätsrat Lutter empfiehlt, den Wachtmännern ev. Steuererleichterungen zu verschaffen. Herr Braß schließt sich diesen Ausführungen an. Herr Strelinski kann sich nicht dafür erwärmen, daß die Stadt die Gesamtkosten trägt. Er gehe lieber zur Arbeit, als in heutiger Zeit zu wirken. Er habe zwar die Kosten für 1 Monat berechnet mit 162 000 Mark, glaubt aber nicht, daß die Wehr solange unter Waffen bleiben brauche. In 2—3 Tagen müsse die Entscheidung fallen, so oder so. Das nichtverbrauchte Geld solle zu gleichen Teilen wieder zurückerstattet werden. Vielleicht würde man Montag wieder zur Arbeit gehen können, um Werte zu schaffen, durch die allein Lebensmittel zu erhalten seien. Herr Direktor Hußmann hält die Listensammlung für nicht glücklich, ebenso nicht, daß jeder Geschäftsmann 1000 Mark zahlen solle. Er macht den Vorschlag, daß jeder prozentual nach der Gewerbesteuer zu den Kosten beitrage. Auf diesem Wege würde man am besten zum Ziele kommen. Herr Lifmann zieht seinen Vorschlag daraufhin zurück, wünscht aber die Beitragspflicht ausgedehnt auf solche zahlungsfähige Bürger, die keine Gewerbesteuer zahlen. Herr Goris hält es für richtig, die Einkommensteuer als Maßstab gelten zu lassen und die werktätige Bevölkerung freizustellen. Herr Strelinski hält den Vorschlag Hußmann für gesund, auch den Vorschlag des Herrn Scherff, eine Kommission zu wählen, die die Vorarbeiten übernimmt. Man wolle sparen, wo man könne, keinen Pfennig unnütz ausgeben. Herr Bürgermeister Dr. Wiesner weist darauf hin, daß es nur 2 Wege gebe zur Kostendeckung, entweder durch Uebernahme auf die Stadtkasse, oder durch freiwillige Zuwendungen. Zwingen würde man niemand können. Der Antrag Goris, außer der werktätigen Bevölkerung jeden nach dem Maßstab der Staats-Einkommensteuer prozentual an den Kosten zu beteiligen, wird bei der Abstimmung angenommen. In die vorbereitende Kommission wurden gewählt die Herren Dr. Wiesner, Hußmann, Thiel, Uebach, Langstadt, Kupperschlag und Strelinski. Letzterer spricht das Schlußwort. Er habe gefunden, daß man ein Herz für die Arbeiter habe. Diese würden bestrebt sein, daß Ruhe und Ordnung in der Stadt bleiben. Vertrauen gegen Vertrauen, dann könne er die Versicherung geben, daß die Ruhe bleibe. Mit einem Dank für das gezeigte Entgegenkommen wurde die Versammlung geschlossen.

Die gewählte Vertrauenskommission tagte gestern vormittag bereits im Rathause und erläßt eine Bekanntmachung in heutiger Nummer, auf die wir hierdurch noch besonders hinweisen.

* * *

** **Kamen. (Knappschaftliches.)** Die Auszahlungstermine der Krankengelder, Alters-, Invaliden-, Bergmannsinvaliden-, Witwen- und Kinder-Rente für den Monat April 1920 sind:

Zahlbezirk	Zahllokal	Zahltag April	Beginn der Auszahlung für Witwen und Waisen	für Bergmannsinvaliden, Reichs- und Zusatzrentner
Bergkamen	Schürmann	8	2 Uhr	2½ Uhr
Heeren	Maaß	8	2 „	2½ „
Kamen	Ww. Goertz	3	2½ „	3 „
Kaiserau	Ketter	7	2 „	2½ „
Kurl	Lüneburger	6	2 „	2½ „
Lünern	Stolte uß	6	2 „	3¼ „
Massen	Cromberg	1	2½ „	3 „
Methler	Budde	7	2 „	2½ „
Unna I	Wittler	9	3/ „	3½ „
Unna II	Nowack	9	2½ „	3 „
Unna-Königsborn	Rehfuß	1	2 „	2½ „
Werne Bez. Münst.	Ww. Tecklenborg	3	2½ „	3 „
Brackel	Meierling	12	2 „	3½ „

Kamen, 26. März. (Verschiedenes.) Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts müssen Lieferungsverträge über ausländische Waren, deren Erfüllung während des Krieges unmöglich ist, mit Rücksicht auf die durch die lange Dauer und die unvorhergesehene Ausdehnung des Krieges und die dadurch herbeigeführte Umwälzung aller für den Handelsverkehr in Betracht kommenden wirtschaftlichen Verhältnisse als aufgehoben gelten, weil eine vom Verkäufer nicht zu vertretende dauernde Unmöglichkeit seiner Leistung im Sinne des § 275 BGB. anzunehmen ist, und zwar auch dann, wenn die Parteien von vornherein eine Nachlieferung oder im Laufe des Krieges die Verschiebung der Lieferungspflicht bis nach Kriegsende vereinbart haben. Das gilt namentlich bei Verträgen über englische Waren, da die englischen Gerichte Lieferungsverträge zwischen Engländern und Deutschen als aufgelöst erklärt haben.

(Die Stellung der deutschnationalen Handlungsgehilfen.) Von dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband werden wir um Verbreitung folgender Mitteilung gebeten: Die Verwaltung des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes in Hamburg richtet an alle Organe des Verbandes die dringende Mahnung, sich als Mitglieder ihrer Gewerkschaft von allen Unternehmungen fernzuhalten, die die Gesundung und Weiterentwickelung unseres an sich schon schwer geschädigten Wirtschaftslebens hindern. Jede weitere Erschütterung unserer Wirtschaft trifft am schwersten die breiten Volksmassen, zu denen die Handlungsgehilfen gehören. Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband verlangt unter allen Umständen, daß die bisher erworbenen Rechte und die sozialen Errungenschaften gewahrt und weiter ausgebaut werden. Der deutschnationale Handlungsgehilfenverband fordert alle seine Mitglieder auf, nach ihrer politischen Ueberzeugung in ihren Parteien nachdrücklich dahin zu wirken, daß die Freiheit und die verfassungsmäßigen Zustände dem deutschen Volke gewährleistet werden.

(**Warenaustausch mit dem Ausland.**) Der Freistaat Danzig, Polen und Deutschland gelten gegenseitig als Zollausland. Für die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Sendungen im gegenseitigen Verkehr sind bis auf weiteres die Bestimmungen der deutschen Eisenbahn-Zollordnung maßgebend. Allen Aus- und Durchfuhrsendungen sind Warenerklärungen und Ausfuhrerklärungen in doppelter Ausfertigung und statistische Anmeldescheine beizufügen. Für die Ausfuhr nach Polen ist ferner eine Einfuhrgenehmigung erforderlich. Einer solchen bedarf es nicht zur Ausfuhr der Waren aus Deutschland und Polen in das Gebiet der freien Stadt Danzig.

(**Lehrgang für Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege.**) Der Westfälische Wohnungsverein beabsichtigt, in der Zeit vom 13.—16. April ds. Js. in Dortmund einen Kursus über Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege zu veranstalten, um den Beamten und Beamtinnen der Wohnungsämter Gelegenheit zu geben, sich über die Aufgaben auf diesem Gebiete eingehend zu unterrichten. Am 1. Tage werden allgemeine Fragen des Wohnungs- und Siedlungswesens behandelt, am 2. Tage Fragen der praktischen Wohnungsfürsorge und Siedlungsarbeit. Der 3. Tag bringt Vorträge über die Organisation, der 4. und letzte Tag über die Praxis der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege. Wie wir hören, sind für den Lehrgang namhafte Redner und Rednerinnen gewonnen worden. Bei der Wichtigkeit der Fragen, die auf dem Kursus behandelt werden sollen, ist zu erwarten, daß der Lehrgang von den in der Wohnungsaufsicht und Wohnungspflege tätigen Beamten und Beamtinnen recht zahlreich besucht wird. Auch für diejenigen, die sich künftig diesem Zweige der Wohlfahrtsarbeit widmen wollen, dürfte der Kursus eine willkommene Einführung in das Gebiet darstellen. Auskunft über den Lehrgang, der zunächst nur für den Regierungsbezirk Arnsberg bestimmt ist, erteilt der Westfälische Wohnungsverein in Münster i. Westf., Bispinghof 3.

(b) **Oberaden**, 26. März. **Den Tod auf den Schienen** fand hier am 23. März der 18jährige Rottenarbeiter Wilhelm Siepmann von Oberaden. S. ist am genannten Tage früh morgens, von seiner elterlichen Wohnung kommend, zu seiner Arbeitsstelle gegangen und hat auf diesem Wege den Bahnkörper betreten, wo er von einem Zuge überfahren worden ist.

Ahlen, 25. März. **Eine ruchlose Tat** verübten, so schreibt man der „Ahlener Volksztg.", Rohlinge und Fanatiker in der Nacht von Sonntag auf Montag. Sie zerschlugen das an der Chausseekreuzung der Beckumer Straße stehende große Wegekreuz, schleppten den schweren Christuskörper, dem sie vorher Kopf, Arme und Beine abgeschlagen hatten, nach der nahegelegenen Zechenbahnunterführung und warfen ihn in die Tiefe. Hierzu sind vier starke Männerhände erforderlich gewesen. Die an der Chausseekreuzung Wachdienst verrichtenden Posten der Sicherheitswehr erklärten auf Befragen, etwas abseits gestanden und von dem Vorfall nichts bemerkt zu haben. Zugleich wird bekannt, daß Schulkinder, die die Chausseekreuzung passierten, verschiedentlich von den Posten gefragt wurden, ob sie „den da" (gemeint war mit einem unmöglich wiederzugebenden gemeinen Ausdruck Christus am Kreuze) kännten, ob sie zur Kirche wollten usw. Der hiesige Arbeiterrat würde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er diese Angelegenheit zum Gegenstand einer ernsthaften Untersuchung machen und für die Ermittlung und exemplarische Bestrafung der Täter sorgen würde. Neben der Verurteilung der beispiellosen Gesinnung und der Verletzung der religiösen Gefühle des größten Teiles der Bürgerschaft dürfte auch noch Eigentumsvergehen in Betracht kommen, da das Kreuz Eigentum des Schützenhofbesitzers ist. — Wie der „Ahl. Vztg." vom Arbeiterrat mitgeteilt wird, ist seinerseits bereits eine strenge Untersuchung eingeleitet. Er bitte alle, die zur Ermittlung der Täter durch sachdienliche Angaben beitragen können, diese bei ihm anzubringen. Der A.- und B.-Rat habe im Verein mit Juristen ein sog. Standgericht gebildet, das Eigentums- und sonstige Vergehen schnellstens aburteilt.

Handwerkskammer zu Dortmund.

Dortmund, 25. März. Die Kammer hielt gestern im Stadtverordnetensitzungssaale eine Vollversammlung unter dem Vorsitz des Herrn Heine ab, zu der sich einige 20 Abgeordnete eingefunden hatten. Der Vorsitzende führte in einer kurzen Begrüßungsansprache aus, das Handwerk hatte in den letzten Jahren viel schweres durchzumachen, aber so schwere Tage, wie die jetzigen, habe es doch noch nicht erlebt. Dem zur Vorlage gelangenden Geschäftsbericht sind folgende Sätze zu entnehmen: „Es ist bemerkenswert, daß in diesen kritischen Zeiten, die dem Handwerk für die Zukunft kaum einen freien Ausblick und irgend welche sichere Aussichten bieten, der Drang der verschiedensten Handwerksberufe, sich in Innungen, und zwar namentlich in der Form der Zwangsinnung, zusammenzuschließen, ganz besonders groß ist. Handwerker, die früher ganz abseits standen und sich völlig indifferent verhielten, zeigen auf einmal ein sehr lebhaftes Interesse für den festen sachlichen Zusammenschluß. An sich sind diese Bestrebungen, die auch in der genossenschaftlichen Organisation zu beobachten sind, sehr erfreulich, wenn nicht die tiefere Ursache für diese Erscheinung in der immer zunehmenden Not und Bedrängnis des Handwerkers zu suchen wäre, die ihm den Anschluß an seine Berufskollegen als einzigen Rettungsanker mit zwingender Deutlichkeit auf den verschiedensten Gebieten vor Augen führt. Der Bericht behandelt dann noch die Lehrlingsfrage, die Lohntarifrage, die Tätigkeit der fachlichen Ausschüsse, die Arbeit der Wirtschaftsstelle, den Gesetzentwurf über die Kommunalisierung und andere Gebiete, die der Kammer zur Bearbeitung überwiesen sind. Herr Moritz, der Syndikus der Kammer, gab zu dem Bericht noch interessante Mitteilungen. So war die Zahl der sich meldenden Lehrlinge im Kammerbezirk eine recht große, etwa 1500; doch konnten nur 800 Lehrstellen nachgewiesen werden. Es sind im Kammerbezirke 35 neue Innungen und 10 Genossenschaften entstanden. Die Jahresrechnung für 1918/19 schließt ab mit 150 334 Mk. in der Einnahme und 145 659 Mk. in der Ausgabe, so daß ein Bestand von 4675 Mk. verblieb. Dem Kassenführer wurde Entlastung erteilt. An die Beamten der Kammer sollen Teuerungszulagen gezahlt werden, welcher Beschluß einstimmig gefaßt wurde. Es handelt sich um einen Betrag von 11 000 Mk.; die Mehrbeträge sollen ab 1. Januar gewährt werden. Einer der Vertreter, dem Bauhandwerk angehörig, betonte, man bewillige ja gern, aber es habe doch auch alles seine Grenze; viele Handwerker wüßten nicht, wie sie die Beiträge aufbringen sollen — da es an lohnender Beschäftigung infolge der Verteuerung aller Bedarfsartikel mangele. Als Kammermitglieder sind neu eingetreten die Herren Schneidermeister Pahl und Bäckermeister Arens-Dortmund, welche durch den Vorsitzenden eingeführt wurden. Als neues Kammermitglied wurde Herr Schwarz-Dortmund, und zwar als Sachverständiger für das Bauhandwerk, gewählt. Die Vergütungssätze und die Prüfungsgebühren für Gesellen- und Meisterprüfungen sollen erhöht werden. Die Höchstzahl für Lehrlinge im Jahre 1920/21 für das Bäckerhandwerk wurde wie folgt festgesetzt: Meister allein oder mit einem Gesellen 1 Lehrling, mit 2—4 Gesellen 1 Lehrling mehr, wenn der zuerst eingestellte Lehrling sich im letzten Lehrjahre befindet. Bäckereibetriebe über 4 Gesellen sollen keine Lehrlinge beschäftigen, da sie zur Lehrlingshaltung nicht geeignet sind. Diese Beschränkung in der Lehrlingshaltung für das Bäckerhandwerk hat sich deshalb als notwendig erwiesen, weil in den letzten Jahren in dem genannten Handwerk sehr viele Lehrlinge ausgebildet worden sind, die nun nur schwer Stellungen finden. Viele Eltern glaubten, für ihre Söhne am besten zu sorgen, wenn sie diese dem Bäckerhandwerk zuführten, da er sich dort doch satt essen könne. Die neuen Bestimmungen sind im Einverständnis mit den Arbeitnehmerverbänden festgesetzt worden.

*

? **Steele**, 24. März. **Reiche Beute** machten bisher unbekannte Diebe, die in die Färberei und Reinigungsanstalt Edmund Bartl eindrangen und Damenkleidung, Anzüge, Hosen, Westen, Mäntel, Decken, Stoffe, Dekorationsstoffe usw., ferner vier schwere elektrische Bügeleisen im Gesamtwerte von 30 000 Mark gestohlen haben.

? **Gelsenkirchen**, 24. März. (**Kircheneinbruch.**) In der Nacht drangen Diebe durch das Kirchenfenster in die katholische Kirche in Gelsenkirchen-Heßler ein. Altartücher, Läufer und Kerzenhalter fielen ihnen in die Hände. Der Tabernakel widerstand.

? **Essen**, 25. März. **Ein frevelhafter Anschlag gegen die Kohlenförderung**, der unabsehbares Unheil hätte heraufbeschwören können, wurde auf einer im mittleren Ruhrkohlenbezirk gelegenen Zeche entdeckt. Im Schacht war ein neues Seil aufgelegt worden. Als bereits verschiedene Umschläge an dem Seil abgewickelt waren, machte man die Entdeckung, daß ein Spitzeisen von 750 Millimeter Länge seitlich in das neue Seil hineingetrieben worden war. Dadurch waren verschiedene Drähte des Seils durchschlagen worden. Das Seil hatte eine schwere Beschädigung erlitten, und drohendes Unglück ist durch die rechtzeitige Entdeckung des verbrecherischen Anschlages verhütet worden. Das Spitzeisen ist von ruchloser Hand in der Zeit, wo das Seil auf dem Füllort stand, in dieses hineingetrieben worden.

Köln, 25. März. (**Der neue Erzbischof bereits in Köln.**) Der neue Oberhirt der Erzdiözese Köln, Dr. Karl Joseph Schulte, ist glücklich in Köln eingetroffen. Er fühlte sich auf der Autofahrt hierher so frisch, daß von der ursprünglich beabsichtigten Uebernachtung in Olpe abgesehen und die Fahrt bis Köln noch am späten Abend durchgeführt wurde. In Begleitung mehrerer Domherren aus Paderborn und von Vertretern der dortigen katholischen Komitees sowie aus Köln des Stadtverordneten Dech und des Kaufmanns Schmitz-Valckenberg ging die Fahrt in mehreren Kraftwagen über das Sauerland. Der Abschied von Paderborn geschah in aller Stille; da der Weg und die Zeit der Abfahrt geheimgehalten worden waren, so hatten sich nur wenige Menschen vor dem Priesterseminar und in den Straßen Paderborns angesammelt, die dem scheidenden Oberhirten ihre letzten Grüße darbrachten.

* **Köln**, 23. März. (**Ein Trinkgeld.**) Ein Arzt, der eine Strecke ein Auto benutzt hatte, sollte dafür, so erzählt er im „Stadtanzeiger", 34 Mark bezahlen. Er gab dem Chauffeur 35 Mark und wartete auf die Herausgabe des Restes von einer Mark. Der Wagenlenker konnte eine solche aber scheinbar in seiner dicken Brieftasche nicht finden, statt dessen gab er dem Arzt einen Zweimarkschein mit den Worten: „He sinn zwei Mark, Här, künnt Ihr mir ein zerückgebbe." Das konnte nun wieder der Arzt nicht. Darauf der Chauffeur: „Halt die Mark alt und trinkt Uech e Glas Bier doför." So bekam der Arzt sein erstes Trinkgeld.

Die Folterkammer von St. Nicolas.

Unsere Gegenrechnung.

(Nach amtlichen deutschen Urkunden.)

Das Fort St. Nicolas in Marseille, eine über 200 Jahre alte Zitadelle, die während des Krieges für deutsche Kriegsgefangene, Zivilisten, Frauen und Kinder und für Bestrafte oder in Untersuchungshaft befindliche kriegsgefangene Offiziere und Mannschaften verwendet wurde, wird für alle Zeiten ein Denkmal der Schande für Frankreichs Kultur bleiben. Was hinter den dicken Mauern des Forts vorgegangen ist, hat man bis jetzt nur zum Teil erfahren, aber es genügt, um jedem, der es vernimmt, Schaudern und Entsetzen einzujagen. Die deutschen Offiziere wurden mit 500 Gefangenen in zwei Räumen untergebracht, deren Boden mit einer dünnen Lage alten feuchten Strohes bedeckt war. Das Stroh war voller Ungeziefer, Decken gab es nicht. Dem österreichischen Arzte wurden alle Behelfe und Medikamente verweigert, obwohl, mitten unter den Gesunden liegend, zwei Typhuskranke im hohen Fieber, ein an Lungenentzündung, mehrere an Ruhr Erkrankte, und Matrosen mit den infektiösesten Geschlechtskrankheiten sich befanden. Die Krätze griff stark um sich. Der französische Gefängnisarzt erklärte, er dürfe die Deutschen nicht behandeln. Das Essen mußten die Kriegsgefangenen nach den französischen Sträflingen an Eßtischen von unbeschreiblicher Schmutzigkeit aus ungereinigten Eßgeschirren einnehmen. Später wurden die Offiziere ausgesondert und zu siebzehn in einer kellerartig gewölbten, düsteren, schmutzigen Zelle mit vier französischen Sträflingen untergebracht. Die Offiziere wurden dauernd durch den Besuch Neugieriger belästigt, die sie mit den wüstesten Beschimpfungen überhäuften. Ende Oktober wurden etwa zwanzig deutsche Frauen und zehn Kinder eingeliefert, von diesen eins vierzehn und eins achtzehn Tage alt. Die Wöchnerinnen hatten die Reise von Belfort mitmachen müssen, obwohl die beiden Säuglinge an einem sich stets verschlimmernden Durchfall litten. Sie kamen verhungert und durchnäßt am Abend an. Der französische Militärarzt erklärte, ihre Ueberführung ins Hospital käme am folgenden Tage noch zeitig genug. Die Wöchnerinnen mußten also in durchnäßtem Zustand ohne Decken in ungeheiztem Raume die Nacht zubringen. Beide Kinder waren am nächsten Mittag tot. Der Leutnant der Reserve Grosse, Ref.-Inf.-Batl. 14, wurde unter der Anschuldigung, das Schloß seiner Zelle erbrochen zu haben, nach St. Nicolas gebracht, während in Wirklichkeit das Schloß sich an der Außenseite der Tür befand. Noch kurzem Aufenthalt in dem Folterhause gibt er seiner Befürchtung Ausdruck, bei einer Verlängerung dieser Art Gefangenschaft wahnsinnig zu werden. Darauf wurde er am 8. August 1918 vom Sergeanten Merry mißhandelt, zu Boden geworfen, getreten und mit dem Revolver bedroht. Verantwortlich für all diese Martern ist der Gefängnisdirektor...

Schadensberechnung bei Nichtlieferung gekaufter Ware und gute Sitten.

Daß die Bundesratsverordnung vom 23. Juli 1915 gegen übermäßige Preissteigerung auch auf die Schadensberechnung bei Nichtlieferung gekaufter Ware Anwendung findet und demgemäß der Käufer mit dem von ihm berechneten Schaden nicht einen gegen das gesetzliche Verbot verstoßenden übermäßig hohen Gewinn erstreben darf, ist in der Rechtsprechung anerkannt. Dagegen ist die Rechtslage für die Zeit vor Erlaß dieser Wucherverordnung eine andere: Das Reichsgericht hat bereits mehrfach entschieden, daß es nicht ohne weiteres gegen die guten Sitten verstößt, wenn der Käufer seiner Schadensberechnung den zur Zeit der Inverzugsetzung des Verkäufers bestehenden, wenn auch sehr hohen Marktpreis zugrunde legt und danach einen ihm entgangenen ungewöhnlich hohen Gewinn als Schadensersatz verlangt. Nur wenn der Käufer beim Weiterverkauf sich unlauterer Mittel hätte bedienen müssen, um einen außergewöhnlich hohen Preis zu erzielen, oder wenn er die durch unlautere Machenschaften anderer hervorgerufene außerordentliche Preissteigerung bewußt ausgenutzt oder die durch den Krieg geschaffene Notlage in selbstsüchtigem Gewinninteresse zum Schaden des gemeinen Wohls und der vaterländischen Interessen ausgebeutet haben würde, setzt er sich nach der Auffassung des Reichsgerichts mit dem Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden in Widerspruch und verstößt gegen die guten Sitten. Im allgemeinen begründet dagegen die Benutzung übermäßiger Preise im kaufmännischen Verkehr noch nicht die Annahme der Sittenwidrigkeit. Durch eine hohe Schadensforderung wird das Allgemeinwohl nicht geschädigt und die Entwickelung der Preisverhältnisse nicht beeinflußt. Nach diesen Grundsätzen ist der folgende Streitfall entschieden worden:

Am 23. Dezember 1914 kaufte die J.-Bank, die mit Brauereien in Verbindung steht, von der Brauerei W. in Dresden 4600 Zentner schlesisches Malz, lieferbar im Januar 1915, zu 41 Mark für den dz. frei Berlin. Das Malz ist trotz Nachfristsetzung nicht geliefert worden, und die Verkäuferin erkennt an, deshalb schadensersatzpflichtig zu sein. Die Käuferin klagte in einem Vorprozeß zunächst 40 000 Mark Schaden als entgangenen Gewinn ein. Die Verkäuferin wurde zur Zahlung dieses Betrages verurteilt und das Gericht sprach in seinem Urteil aus, daß bei Zugrundelegung des zur Zeit der Inverzugsetzung der Verkäuferin Anfang Februar 1915 bestehenden Marktpreises an sich ein Schaden von 55 200 Mark begründet sein würde. Darauf zahlte die Verkäuferin diese 55 200 Mark. Die Käuferin war aber damit noch nicht zufrieden, sondern erhob eine neue Klage gegen die Verkäuferin auf Zahlung weiterer 10 000 Mark, indem sie behauptete, der Marktpreis Anfang Februar 1915 habe 70 Mark für den dz. betragen, wonach sich der verlangte Schaden rechtfertige.

Landgericht und Oberlandesgericht Dresden wiesen diese Klage ab, weil die Forderung eines derartig hohen Gewinns gegen die guten Sitten verstoße. Dieser von der Klägerin erstrebte Gewinn, der 70% des Kaufpreises betrage, sei zweifellos ein übermäßiger. Wenn die Klägerin zu dem hohen Marktpreise von 70 Mark die Ware, die sie zu 41 Mark eingekauft hatte, weiterverkauft haben würde, so würde sie damit die durch den Krieg geschaffene Notlage ausgebeutet haben. Als angemessenen Gewinn dürfe die Klägerin nach Lage der Sache nicht mehr als 20% des Kaufpreises verlangen.

Mit der Revision machte hiergegen die Klägerin geltend, daß das Oberlandesgericht gegen die in mehreren Entscheidungen des Reichsgerichts ausgesprochene Rechtsauffassung verstoße, wonach die Benutzung hoher Marktpreise vor Erlaß der Preissteigerungsverordnung nicht dem kaufmännischen Anstandsgefühl widerspreche; besondere Umstände, welche den Einwand der Sittenwidrigkeit begründen könnten, lägen nicht vor; die Schadensforderung berühre nur das Verhältnis der Parteien zueinander, ein Einfluß auf die Entwickelung der Preisverhältnisse werde dadurch nicht ausgeübt und das Gericht sei einwohl nicht davon betroffen. — Das Reichsgericht gab der Revision statt; es hat das angefochtene Urteil aufgehoben und die Sache an das Oberlandesgericht zurückverwiesen. — (Aktenzeichen III. 531/18. — Urteil des Reichsgerichts vom 6. Mai 1919.)

Kein besonderer Haftbefehl gegen Ludendorff.

(TU) **Berlin**, 25. März. Das Berl. Tgbl. schreibt: Es ist unzutreffend, daß gegen den General Ludendorff bereits ein besonderer Haftbefehl ergangen sei. Die Behörden sind jedoch nach der Erklärung der Regierung, alle Schuldigen am Putsch zur Bestrafung zu bringen, angewiesen, auch auf die Person des Generals Ludendorff, dessen Teilnahme und Unterstützung einwandfrei feststeht, ihr Augenmerk zu richten. Da aber Ludendorff nicht unmittelbar an der sogenannten Kapp-Regierung beteiligt war oder bei irgendwelchen Amtshandlungen der Regierung Kapp-Lüttwitz hervortrat, glaubte die Regierung von einem besonderen Haftbefehl absehen zu müssen.

Die Lage in Baden.

(TU) **Mannheim**, 25. März. Am Montag fand hier eine von etwa 150 Kommunisten aus ganz Baden besuchte Kommunistentagung statt, auf der die vor kurzem aus dem Gefängnis entlassene Agitatorin Rosa Wolfstein eine Rede gegen die Landes- und Reichsregierung hielt. Die Tagung beschloß den weiteren Ausbau der revolutionären Arbeiterräte. Mehrere Delegierte erklärten, daß in Karlsruhe, Freiburg und Stuttgart alles zum Losschlagen bereit sei. Die kaufmännischen und technischen Angestellten der großen Mannheimer Fabriken haben gestern durch Abstimmung mit erdrückender Mehrheit es abgelehnt, sich an dem neuen revolutionären Betriebsrätegesetz zu beteiligen. Auch der größte Teil der Arbeiterschaft hat sich gegen die Diktatur von links in den Fabriken ausgesprochen.

*

— **Spurlos verschwunden.** Am Montag in früher Morgenstunde wurden aus Häusern der Manteuffelstraße und der angrenzenden Straßenzüge in Berlin etwa 20 Personen von Soldaten und einigen Zivilpersonen, die mit einem Panzerauto und drei Lastkraftwagen erschienen waren, angeblich aus politischen Gründen verhaftet und entführt. Unter den Entführten befinden sich u. a. ein Schankwirt, ein Kaufmann, der anstelle seines nicht angetroffenen Vaters, eines Schriftstellers, als Geisel mitgenommen wurden, ein Rentenempfänger und ein Metallarbeiter mit seinem 17jährigen Jungen. Von den Verhafteten fehlt jede Spur.

Mitteilungen des Lebensmittelamtes der Stadt Kamen.

Fleischversorgung. Im Einverständnis mit dem Aktionsausschuß wird hinsichtlich der Fleischversorgung folgendes bestimmt:

Damit die Bevölkerung für die beiden Osterfeiertage mit Frischfleisch versorgt werden kann, wird in Anbetracht der uns zur Verfügung stehenden geringen Fleischmenge in dieser Woche kein Frischfleisch ausgegeben. Die Schwerstarbeiter sind für diese Woche mit Fleisch aus der Vorwoche beliefert. Für die Osterwoche fällt die Schwerstarbeiterzulage aus. Die Zulage wird in der darauffolgenden Woche nachgeliefert. Dafür erhält die gesamte versorgungsberechtigte Bevölkerung — einschl. Schwerstarbeiter — eine einheitliche Ration, deren Menge von der Viehbelieferung abhängt.

Am Samstag, den 27. d. Mts., werden in den Metzgereien **100 Gr. Speck** je Kopf ausgegeben. 1199

Vereinsnachrichten.

Kamen, 26. März. (**S. G. V.**) Auf die Versammlung des Sauerländischen Gebirgsvereins am Samstag, den 27. März, abends 8 Uhr, im Vereinslokal Biermann wird auch an dieser Stelle hingewiesen. Vergl. auch Inserat in heutiger Ausgabe.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Kamen.

Palmsonntag, 28. März. **Pauluskirche.** 10 Uhr: Konfirmation, Pastor Phillips. Kindergottesdienst fällt aus. — **Lutherkirche.** 10 Uhr: Konfirmation, Pastor Ewald. 5 Uhr: Beichte und luth. Abendmahlsfeier, Pastor Ewald. — Kirchentaufen. Sonntag 3 Uhr und Dienstag 4½ Uhr in der Lutherkirche, Pastor Ewald.

Altkatholische Gemeinde. Bahnhofstr. 13.

Sonntag, 28. März, morgens 10¾ Uhr: Allgemeine Bußandacht. 11 Uhr: Deutsche hl. Messe mit Verlesung der Leidensgeschichte und Kommunion.

Gottesdienstordnung der ev. Gemeinde Rünthe.

Sonntag, 28. März. Rünthe. 9 Uhr: Konfirmation mit anschließender Abendmahlsfeier, Pastor Gößlich — Werne. 10 Uhr: Konfirmation mit anschließender Abendmahlsfeier, Pastor Werner. Nachmittags 3 Uhr: Versammlung der Jungfrauenvereine Rünthe und Werne.

Briefkasten.

J. J. 1000 in Kamen. Hätte der Schneider den Anzug rechtzeitig geliefert, dann würde er ihn ohne Schwierigkeit zu dem vereinbarten Preise haben herstellen können. Da er in Verzug geraten ist, muß er den Schaden tragen, nicht Sie als Besteller.

Bergkamen 55. Wenden Sie sich an den Obermeister der Innung. Er hat die Verpflichtung, einzugreifen, wenn eine unzulässige Ausnutzung der Arbeitskraft des Jungen angenommen werden muß. Auch wegen einer etwaigen Erhöhung der Vergütung wird Ihnen der Obermeister die sicherste Auskunft erteilen können.

Bergkamen 51. Wenn für Ihren Sohn eine Hypothek eingetragen ist, so kann die Löschung erst dann erfolgen, nachdem den Erben des Verstorbenen bei Fälligkeit der Hypothek das Darlehen gegen Ausstellung einer löschungsfähigen Quittung zurückgezahlt worden ist. Wenden Sie sich an einen Notar. Die Zinsen sind an die Erben bis zur Rückerstattung der Schuld zu zahlen.

A. B. 100, Westick. Es kommt darauf an, wo die betreffenden Personen geheiratet haben und in welchem Güterrechte sie infolgedessen lebten. Bestand keine Gütergemeinschaft, so würde der Ehefrau das Vermögen, das sie selbst in die Ehe gebracht hat, ohne weiteres gehören. Eine sichere Auskunft können wir also nicht erteilen und wir empfehlen Ihnen, einen Anwalt zu Rate zu ziehen, wenn sich Schwierigkeiten bei der Verteilung des Vermögens ergeben sollten.

Unsere Postbezieher

vollen schon heute die Bestellung auf die

„Kamener Zeitung"

bei der Post bewirken, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt.

Der Einfachheit halber kann dem Briefträger die Bestellung übergeben werden.



Heute morgen entschlief sanft nach kurzem Krankenlager infolge Herzschlags mein guter Mann, unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater, der

Rentner Wilhelm Graas

im 81. Lebensjahre.

Dieses zeigen an mit der Bitte um stille Teilnahme:

Die trauernden Hinterbliebenen.

Offenbach a. M. (Bismarckstr. 63), Kamen, Essen, Gladbeck, Duisburg, den 22. März 1920.

Die Beerdigung findet in Offenbach statt. t1196

Der Tempelräuber!

Grabdenkmäler
u. Einfassungen in allen Ausführungen.
Ww. A. Wallmeier, Kamen.

Verzagte Kranke
welche bisher keine Hilfe fanden, versuchen Sie mein comb. Heilverfahren für Haut-, Harn- und Blasenleiden.
118 Tausende Geheilte.
Niewels Natur-Heilinstitut
Dortmund, Liebfrauenstr. 20 (a. d. Liebfrauenkirche).
Dienstag von 2—6 Uhr in Hamm, Hohestr. 12.
20 jähr. Praxis. Keine Dankschreibenreklame

Umpressen
Damen- und Herrenhüte schnell und billig. 1167
Gebr. Keil, Kamen, Bahnhofstr. 57.

Wiederverkäufer

finden die grösste Auswahl

Zigarren

Rein Uebersee! Rein Uebersee!
Hamburger, Bremer und Bünder Fabrikate.
Preislage von 500 bis 2500 Mark pro Mille.

Zigaretten

nur erste deutsche Fabrikate mit Goldmundstück und ohne Mundstück sehr preiswert.

Hans Dolle, Kamen
Tabakfabrikate
Markt 16. **Markt 16.**
n904

Moderne Drucksachen

sind heutzutage für den Geschäftsmann ein dringendes Erfordernis. Unsere Druckerei, ausgestattet mit modernem Material und besten Maschinen, ist in der Lage, jede Drucksache für den Geschäfts- und Privatbedarf in kürzester Zeit liefern zu können. Mit Entwürfen u. Kosten-Anschlägen stehen wir zu Diensten.

Kamener Zeitung
Geschäftsst. Weststr. 10. **Kamen** Druckerei Unnaerstr. 163.

„Panoptа" 2. Teil!

Zur Konfirmation

empfehlen wir

Gesangbücher, Bibeln und Bilder

in allen Preislagen.

Buchhandlung der Kamener Zeitung.



Samstag, Sonntag und Montag sind

Schweine

zu haben bei m 1202

H. Vonhoff
Unnaerstraße.

Zeitungsboten

für Hammerstraße, Lerche gesucht.

Meldungen in der Geschäftsstelle der **Kamener Zeitung, Weststraße 10.**

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R.-G.-Bl. S. 1903).

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (Reichs-Gesetz-Blatt S. 1903) werden für die Zeit vom 15. März bis 18. April 1920 einschließlich folgende Sätze als Häutezuschlag, der mindestens an den Tierhalter zu bezahlen ist, für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt:

für Rinder, ausgenommen Kälber	90,00	Mk.
für Kälber	214,20	„
für Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwolligen Fellen	133,00	„
für Schafe mit Blößen	121,80	„
für Pferde einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel	62,40	„

Berlin, den 9. März 1920.

Reichsfleischstelle Verwaltungs-Abteilung.
Der Vorsitzende. J. V.: gez. Dr. Klumpp.

S.G.V.

Versammlung
Samstag, den 27. 3. 20 8 Uhr, Hotel Biermann. i1186

Warnung für Hühnerbesitzer

Trotz mehrmaliger Warnung persönlich wie auch von dieser Stelle haben die Hühnerbesitzer sich nicht veranlaßt gefühlt, ihre Hühner von unserem Pachtlande vis-a-vis der früheren Fienenschen Besitzung (Eigentümer H. Karl Stahl), fernzuhalten, wo uns immer ein großer Schaden zugefügt wird. Wir sind zur Selbsthilfe gezwungen und werden Mittel und Wege finden, uns weiter vor solchem Schaden zu bewahren. Diese letzte Warnung wird bei weiterer Nichtbeachtung vor Gericht als Beweismaterial dienen. w1200

Alfred Geckert, August Pohl.



Besitzungs-Verkauf.

Habe im Evenkamp bei Werne ein fast neues massives

Doppelhaus

mit Stallung u. Garten geteilt oder im ganzen unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen, in demselben ist Wasserleitung u. elektr. Licht. i1197

Franz Schriever, Werne, Brunnenstr. 83

Hühneraugen
Hornhaut, Ballen und Warzen
beseitigt man schnell, sicher und schmerzlos mit w
Kuticol. In vielen tausend Fällen glänzend bewährt. Preis 2.—. Allein echt
Germania Drogerie

100 Meter
Bauholz
10><10 zu verkaufen.
1195v **Weißestr. Nr. 4.**

Gute, hochtragende
Kuh
zu verkaufen. 1201
Wo, sagt die Geschst. d. Ztg.

Schlafstelle oder möbl. Zimmer
von 2 jungen Leuten gesucht. 1204
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Ztg.

Wir nehmen Anzeigen

für alle Zeitungen und Zeitschriften Deutschlands zu Originalpreisen an

Kamener Zeitung
Anzeigen-Vermittlung.

Bekanntmachung.

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist es erforderlich, für die nächsten Tage eine Arbeiterwehr zu unterhalten. Die Kosten sollen nach einem Beschluße von Vertretern der Bürgerschaft freiwillig aufgebracht werden. Als Maßstab soll die Staatseinkommensteuer dienen. Entsprechende Aufforderungsschreiben sind ergangen, außerdem ergeht hiermit nochmals die Aufforderung, für diese Wehr, welche sowohl gegen einen Putsch von rechts, wie auch von links einzutreten sich verpflichtet hat, weitere Spenden bei der Stadtkasse hier auf Konto „Arbeiterwehr" einzuzahlen.

Kamen, i. W., den 25. März 1920.

Die gewählte Vertrauenskommission:
Hußmann, Kupperschlag, Langstadt, Strelinski, Thiele, Uebach, Dr. Wiesner.
1208

Zwei jüngere
Arbeiter
od. leicht Kriegsbeschädigte zur Fabrikation von Falzziegeln nach der Ziegelei in Overberge gesucht. 1194
Näheres bei
Clemens Scheer, Kamen, Weststraße.

Ordentlicher
Laufbursche
gesucht.
Buchhandlung der **Kamener Zeitung**
Weststraße 10.

Sauberes fleißiges
Mädchen
für alle Hausarbeit, nicht unter 20 Jahren gesucht.
Frau Geisthövel, Hamm (Westf.),
Nordstr. 31. i1198

Suche zum 1. oder 15. April ein propres
Morgenmädchen
Wo, sagt die Geschst.

Junges Mädchen
sucht lohnende Beschäftigung.
Offerten bitte bis zum 1. 4. 20 unter Nr. **1206** postlagernd Bergkamen.

Frisch melk gewordene
Ziege
zu kaufen gesucht. i1178
Böhm, Bergkamen,
Dorfstraße 12.

Ziegenlämmer, Häute und Felle
werden zu den höchsten Tagespreisen angekauft.
Lucas Reinberg,
1193 Rottstraße 6.

Junger Mann sucht
möbliertes Zimmer
1203 mit oder ohne Pension.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

„Panoptа" 2. Teil!

Alle Vereine

geben ihre Veranstaltungen zweckmäßig in der „Kamener Zeitung" bekannt. Die starke, ständig zunehmende Verbreitung der K. Z. in allen Schichten des Landkreises Hamm sichert einen guten Besuch der Veranstaltungen, wodurch die Insertionskosten mehrfach gedeckt werden.

Bekanntmachung.

Der Herr Regierungs-Präsident in Arnsberg drahtet: „Infolge der Unruhen regelmäßige Lebensmittelzufuhr unterbunden. Bis Ruhe eingetreten, Eisenbahnverkehr wieder hergestellt und Mehlzufuhren eintreffen, muß zur Streckung der noch vorhandenen knappen örtlichen Mehlbestände Brotration sofort durchgehends auf zwei Pfund herabgesetzt werden. Erwarte, daß Selbstversorger sich entsprechend beschränken und freiwillig alle verfügbaren Vorräte den Kommunalverbänden abliefern. Schwerstarbeiterzulagen von 1¼ Pfund und Ueberschichten-Zulagen von mindestens 1 Pfund für zwei halbe verfahrene Ueberschichten bleiben bestehen, wenn Arbeit tatsächlich geleistet. Bisherige Brotration wird baldmöglichst wieder hergestellt."

Vorstehende Anordnung gebe ich mit dem Hinzufügen bekannt, daß die Herabsetzung der Brotration im Landkreise Hamm mit Beginn der Versorgungswoche ab 28. März (Brotmarke Nr. 14) einsetzt. Von diesem Zeitpunkte ab berechtigen die 8 Brotmarken für die Woche einschließlich der gekreuzten und schwarzumränderten zum Bezuge von 2 Pfund Brot (für jede einzelne Brotmarke also 125 Gr.). Es wird den Bäckern gestattet, Graubrote im Gewichte von 2 und 4 Pfund herzustellen. Die Preise betragen:

für ein Graubrot im Gewicht von 2 Pfund	1,25 Mk.
für ein Graubrot im Gewicht von 4 Pfund	2,50 Mk.

Die Bäcker haben für einen Sack Mehl 1052 Brotmarken abzuliefern.

Alle Brotmarken, die zum Bezuge von Brotzulagen berechtigen, behalten ihre bisherige Gültigkeit.

An die Selbstversorger richte ich die dringende Aufforderung, alle irgendwie entbehrlichen Mengen abzuliefern.

Hamm, den 22. März 1920.

Der Kreisausschuß des Landkreises Hamm.
Der Vorsitzende: Schulze-Pelkum.

Der Tempelräuber!